

PETER BLACHSTEIN

Wer beherrscht Rundfunk und Fernsehen in der Bundesrepublik?

Nach dem Bonner Grundgesetz sind Rundfunk und Fernsehen Sache der Länder. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts gegen das vom Bundeskanzler begonnene zweite Fernsehen hat das seinerzeit ausdrücklich bestätigt. Es gibt aber maßgebliche politische Kräfte in der Bundesrepublik, die sich mit diesem Zustand schwer abzufinden vermögen. Die Verlockung, das Fernsehen ausschließlich einer Partei nutzbar zu machen, führte zu dem gescheiterten Versuch eines privaten Fernsehens, der die Steuerzahler über 30 Mill. DM kostete. Aber nicht aufgegeben wurden die Bemühungen, die bestehenden Rundfunk- und Fernseheinrichtungen einer Partei dienstbar zu machen. Seit Monaten wird eine Kampagne gegen die Rundfunkanstalten mit dem Zweck geführt, die verantwortlichen Intendanten, Programmdirektoren und Redakteure einzuschüchtern und mißliebige Kritiker auszuschalten. Dabei wird die in Bonn führende Partei von einigen großen Zeitungen unterstützt. Über sieben Millionen Fernsehteilnehmer in der Bundesrepublik haben die Lage der Presse erschwert, und die Konkurrenz des Werbefernsehens wird als lästig empfunden.

Wir halten es aus vielen Gründen für ein Glück, daß es in der Bundesrepublik kein privates Fernsehen geben wird. Die demokratische Entwicklung könnte ernsthaft

WER BEHERRSCHT RUNDFUNK UND FERNSEHEN?

gefährdet werden, wenn einer oder mehrere mächtige Verleger die öffentliche Meinung selbstherrlich beherrschen könnten. *Hugenbergs* Beitrag zur Aushöhlung der Weimarer Republik darf nicht in Vergessenheit geraten.

Die Kampagne gegen die Landesrundfunkanstalten erweckt den Eindruck, als sei die große Bonner Regierungspartei von der Mitwirkung und der Kontrolle des Rundfunks ausgeschlossen. In Wirklichkeit sind die Rundfunkanstalten nach Landesgesetzen oder Staatsverträgen mehrerer deutscher Länder von den Landtagen gegründet worden unter entscheidender Beteiligung aller demokratischen Parteien und insbesondere der heutigen Kritiker. Die Rundfunkanstalten haben Aufsichtsorgane, die teils politisch, teils ständisch zusammengesetzt sind. Die CDU/CSU hat in vielen dieser Aufsichtsorgane eine Mehrheit, in allen eine starke Vertretung. Die Sender München, Stuttgart und Baden-Baden haben Intendanten, die der CDU/CSU angehören, andere Intendanten stehen der CDU nahe; nur Berlin, Bremen und Hamburg haben sozialdemokratische Intendanten. Der überwiegende Teil der Programmdirektoren, Chefredakteure und Redakteure gehört zur CDU oder steht der Bonner Koalition nahe. Natürlich gibt es unter ihnen auch einige Sozialdemokraten oder der SPD nahestehende Persönlichkeiten.

Durch Gesetze oder Staatsverträge sind die Rundfunkanstalten an Grundsätze gebunden; ich zitiere als Beispiel nach dem Staatsvertrag über den Norddeutschen Rundfunk, § 4:

„Der NDR hat seine Sendungen im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung zu halten. Er hat die weltanschaulichen, wissenschaftlichen und künstlerischen Richtungen zu berücksichtigen. Die sittlichen und religiösen Überzeugungen der Bevölkerung sind zu achten. Der landsmannschaftlichen Gliederung des Sendegebiets ist Rechnung zu tragen. Die Nachrichtengabe muß allgemein, unabhängig und objektiv sein.

Der NDR soll die internationale Verständigung fördern, zum Frieden und zur sozialen Gerechtigkeit mahnen, die demokratischen Freiheiten verteidigen und nur der Wahrheit verpflichtet sein. Er darf nicht einseitig einer politischen Partei oder Gruppe, Interessengemeinschaft, einem Bekenntnis oder einer Weltanschauung dienen.“

Die Einhaltung dieser Grundsätze, die ähnlich für alle Rundfunkanstalten verbindlich sind, überwacht der Rundfunkrat, der Verwaltungsrat und der Programmbeirat. Die Intendanten und ihre Mitarbeiter sind diesen Grundsätzen verpflichtet. Beim Norddeutschen Rundfunk wird der Programmbeirat von Minister a. D. *Langebeine* (CDU), der Rundfunkrat von Dr. *Güssefeld* (CDU) und der Verwaltungsrat von Stadtdirektor *Neuffer* (SPD) geleitet. Der Programmbeirat für das Deutsche Fernsehen steht seit Jahren unter dem Vorsitz des niedersächsischen Landtagsabgeordneten *Müller-Osterode* (CDU). Außer den demokratischen Parteien sind in den Aufsichtsorganen die Kirchen, Vertreter der Wissenschaft, der Wirtschaft u. a. vertreten. Es gibt kein Meinungsmonopol und keine Diktatur im Rundfunk und Fernsehen. Es gibt auch keinen besonderen Schutz für Regierungen, weder für die Bundesregierung noch für die Landesregierungen. Nach den schrecklichen Erfahrungen mit dem Staatsrundfunk hat die Regierung keinen direkten Einfluß auf Rundfunk und Fernsehen in der Bundesrepublik. Nur bei der Deutschen Welle und beim Deutschlandfunk ist die Bundesregierung beteiligt. Bei der Deutschen Welle, die für das Ausland bestimmt ist und in Deutschland nicht gehört werden kann, ist das unbedenklich. Beim Deutschlandfunk liegt ein Bruch des Grundsatzes der Zuständigkeit der Länder und der Unabhängigkeit von der Bundesregierung vor.

In der Kampagne gegen die Rundfunkanstalten wird die Unzufriedenheit der CDU mit dem heutigen Programm sichtbar. Man möchte lästige Kritik ausschließen, lästige Kritiker beseitigen. Da sich die führenden Verantwortlichen der CDU im Rundfunk in der Regel ebenso wie ihre parteipolitisch ungebundenen und sozialdemokratischen Kollegen nicht als Politikommissare mißbrauchen lassen, sondern nach dem Gesetz objektiv alle politischen demokratischen Strömungen zu Wort kommen lassen, versucht man

es mit Einschüchterung und massivem Druck. Dabei ist man nicht wählerisch und verfällt in das Vokabular der Nazis. Da das Wort Intellektueller in Deutschland ein nationalsozialistisches Schimpfwort war, sollte man sich nicht wundern, wenn bald auch das Beiwort „verjudet“ zu hören sein wird. Dieses Spiel mit dem Feuer wird die demokratischen Grundlagen, auf denen wir alle leben, gefährden, wenn die Hetze nicht eingestellt wird.

Jeder aufmerksame Zuhörer und Zuschauer hat oft Grund zur Kritik an Rundfunk und Fernsehen. Kritik ist bei der Bedeutung beider Einrichtungen unerlässlich. Auch die Parteien haben natürlich das Recht und oft genug Anlaß zur Kritik. Das Typische an der Kampagne ist aber, daß konkrete Angriffe gegen bestimmte Meinungen oder Formulierungen vermieden werden. Da ist ein Minister in Sorge über „die Leute“, die beim Rundfunk tätig sind, nachdem er vorher von Tausenden von Agenten in der Bundesrepublik gesprochen hat; nach der allgemeinen Diffamierung folgt dann die freundliche Einschränkung, daß er kein Kollektivurteil fällen wolle. Ein anderer bezeichnet die Gruppe 47, eine lose Vereinigung von Schriftstellern, als „Geheime Reichsschrifttumskammer“, deren Einflüssen man nachspüren müsse. Aus diesen und anderen Äußerungen spricht der Geist der Intoleranz. Es geht nicht um Personen, sondern um die geistige Freiheit überhaupt, um das Recht auf Kritik, um Meinungsfreiheit.

Die Sendereihe *Panorama* hat besonders viele Proteste hervorgerufen; *Rüdiger Proske* und *Gerd von Paczensky* sind die bevorzugten Zielscheiben autoritärer Meinungsmacher. Die beiden unabhängigen Redakteure beherrschen ihr Handwerk und machen unbestechlich, von Modeströmungen und Bonner Konformismus unbeeinflusst, ihre Arbeit. Die Sendereihe *Panorama* erfreut sich eines großen Publikumsinteresses und einer erstaunlich großen Zustimmung. Die von Infratest durchgeführten Analysen aus dem Oktober/November 1962 ergaben Zuschauerzahlen zwischen 24 und 34 vH und davon Zustimmung von + 4 und + 6, wobei + 6 die höchste erreichbare Zustimmung ausdrückt. Seitdem *Panorama* statt Sonntag am Montagabend erscheint, ist die Zuschauerzahl auf über 40 vH gestiegen und liegt die Zustimmung bei + 4. So hohe Zustimmung des Publikums für eine anspruchsvolle, vorwiegend politische Sendung zeigt die parteipolitische Voreingenommenheit der Kritiker. *Report*, eine ähnliche Sendung wie *Panorama*, hat ebenfalls einen hohen Beliebtheitsgrad und gerät gelegentlich auch schon in die Schußlinie der Heckenschützen. Gelänge es, *Panorama* den Maulkorb umzuhängen, wäre *Report* das nächste Opfer.

Eine wahrheitsgemäße Berichterstattung über auswärtige Themen ist auch dann erforderlich, wenn sie gelegentlich unsere Alliierten stört. Die Hintergründe des schmutzigen Krieges in Algerien oder die mörderischen Machenschaften der Katanga Lobby aufzudecken, lag mehr im wahren deutschen Interesse als die Kritik an diesen Sendungen aus Angst vor der Wahrheit.

Ludwig Rosenberg, der Vorsitzende des DGB, hat sich vor der Rundfunkunion im November 1962 zu dem Grundsatz bekannt, lieber einmal — wenn's geht, nicht allzuoft — sogar eine unfaire Kritik in Kauf zu nehmen, anstatt die Kritik überhaupt unmöglich machen zu wollen. Das ist ein mutiges Bekenntnis, da Rosenberg mit Recht in der gleichen Rede darauf hinwies, wie oft die Gewerkschaften in Kommentaren, Reportagen und anderen Stellungnahmen wenig freundlich im Rundfunk und Fernsehen behandelt werden. Aber die größte demokratische Organisation in der Bundesrepublik, der DGB, ist entschieden für die Aufrechterhaltung einer demokratischen Rundfunkorganisation, für das Recht aller demokratischen Kräfte, in fairer Weise in Rundfunk und Fernsehen zu Worte zu kommen, und für den Schutz der Verantwortlichen vor Diffamierung und Einschüchterung.

Die Aufrechterhaltung der Rundfunkfreiheit ist in allen demokratischen Ländern eine ständige Aufgabe. Der Vorsitzende des österreichischen Gewerkschaftsbundes, *Franz*

WER BEHERRSCHT RUNDFUNK UND FERNSEHEN?

Olah, schreibt im Januarheft 1963 der Monatsschrift *Forum*: „Wir wollen nicht, daß aus Rundfunk und Fernsehen staatliche Lenkungsinstrumente werden.“

Die vielfältigen Versuche, Rundfunk und Fernsehen wieder unter Staats- und Parteikontrolle zu bekommen, gehören zu den gleichartigen Bemühungen, die Pressefreiheit durch Gesetze einzuschränken. Auch die in den Notstandsgesetzen von der Bundesregierung vorgesehenen Beschränkungen der Pressefreiheit sind alarmierend.

Wir brauchen auch in der Zukunft einen unabhängigen Rundfunk, an dem alle demokratischen Kräfte zu Worte kommen. Die Verantwortlichen in Rundfunk und Fernsehen müssen, solange sie ihren verfassungsmäßigen Auftrag erfüllen, vor Pressionen und Drohungen geschützt werden. Alle demokratischen Kräfte sollten sich in der Verteidigung der freien Meinungsäußerung in Presse, Rundfunk und Fernsehen zusammenfinden. Die ständige Verbesserung des Programms sollte die vornehmste Aufgabe aller Beteiligten im Interesse der Zuhörer und Zuschauer sein. Aber das ist nur in demokratischer Freiheit möglich.